



Kassenärztliche  
Bundesvereinigung

Körperschaft des öffentlichen Rechts

## KBV KOMPAKT

Newsletter vom 7. Januar 2009

### Aus Berlin

---

#### **Gesundheitsfonds gestartet – Schmidt will höheren Steuerzuschuss**

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) will in den zum 1. Januar gestarteten Gesundheitsfonds weitere Steuermilliarden pumpen. Die Ministerin plant, den bislang ausschließlich von Arbeitnehmern zu zahlenden Krankenkassenonderbeitrag in Höhe von 0,9 Prozent zukünftig aus Steuermitteln zu finanzieren, um so den Beitragssatz zu senken und den privaten Konsum anzuschieben. „Davon haben alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie alle Rentner-Jahrgänge etwas. Davon haben auch die etwas, die von einer Steuersenkung nicht profitieren würden“, verteidigte Schmidt ihren Vorschlag. Kritik an den Plänen kommt aus der Union, die Steuersenkungen befürwortet. „Mit einem niedrigeren Beitragssatz wird man bei weitem nicht die psychologisch-konjunkturellen Impulse auslösen, die man mit einer Steuersenkung erreichen könnte“, sagte der bayerische Gesundheitsminister Markus Söder (CSU). Gegen eine einseitige Beitragssenkung für Arbeitnehmer sprach sich der Gesundheitspolitiker Jens Spahn (CDU) aus. „Wenn überhaupt, dann gibt es nur eine paritätische Entlastung“, sagte Spahn. (Agenturmeldungen, 4. Januar, Tagesspiegel, 5. Januar)

#### **CSU will mit neuer Gesundheitspolitik in den Wahlkampf ziehen**

Bei der Bundestagswahl 2009 will die CSU mit einem neuen Konzept in der Gesundheitspolitik antreten. Bayerns Gesundheitsminister Markus Söder (CSU) forderte beide Unionsparteien auf, sich auf „die entscheidenden Systemfragen“ zu konzentrieren. CDU und CSU müssten sich für die Stärkung der Freiheit des Arztberufs sowie für die freie Arzt- und Therapiewahl einsetzen, so Söder. Der SPD warf er vor, den Arzt zum Angestellten degradieren zu wollen. Unterstützung erhielt Söder vom Vorsitzenden des Hartmannbundes, Dr. Kuno Winn. Dieser betonte, dass die Stärkung der Freiberuflichkeit sowie freie Arzt- und Therapiewahl die „grundlegenden Säulen eines zukunftsfähigen Gesundheitssystems“ seien. (Agenturmeldung, 6. Januar, [Pressemitteilung des Hartmannbundes, 5. Januar](#))

#### **Patientenwille im Zweifel durch Angehörige oder Betreuer ermitteln**

Der eindeutige oder auch der zu ermittelnde mutmaßliche Wille eines Menschen sollen künftig als gültige Patientenverfügung gelten. Dies ist einer der zentralen Punkte des Gesetzentwurfes, den fraktionsübergreifend zahlreiche Bundestagsabgeordnete unterschrieben haben. Zu den Unterzeichnern gehören Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (CDU) und die ehemalige Justizministerin Prof. Herta Däubler-Gmelin (SPD). Der Gesetzentwurf sieht zudem vor, dass – in Übereinstimmung mit der bisherigen Rechtslage – sowohl der Betreuer als auch der Bevollmächtigte verpflichtet sind, dem Willen des Patienten „Ausdruck und Geltung zu verschaffen“. Bei Uneinigkeit seien zunächst nahestehende Angehörige hinzuziehen, um sich Klarheit zu verschaffen. Erst im nächsten Schritt soll dann ein Vormundschaftsgericht angerufen

werden können. Eine aktive Sterbehilfe sieht der Gesetzentwurf ausdrücklich nicht vor. (Heute im Bundestag, 5. Januar)

## Aus KBV und KVen

---

### Präventionsgedanke steht im Mittelpunkt

Die KBV und die Direktkrankenkasse BIG wollen ihre Zusammenarbeit im Bereich der hausarztzentrierten Versorgung ausbauen. „Unser seit April bestehender Vertrag zur hausarztzentrierten Versorgung mit der Direktkrankenkasse BIG Gesundheit wird konsequent weiterentwickelt“, sagte Dr. Carl-Heinz Müller, Vorstand der KBV. Das Programm „BIGprevent“ stellt vor allem den Präventionsgedanken in den Mittelpunkt. Frank Neumann, Vorstandsvorsitzender der BIG, erklärte: „Dieser Vertrag ist uns wichtig, genauso wie die Partnerschaft mit den Kassenärztlichen Vereinigungen und der KBV.“

Die Ärzte erhalten neben der Jahrespauschale für sämtliche Präventionsleistungen künftig eine Honorierung von 4,15 Euro zusätzlich – ergänzend zur Vergütung im Einheitlichen Bewertungsmaßstab. Neuer Bestandteil ist die Untersuchung zur Früherkennung von Hautkrebs. „Damit steht den teilnehmenden Versicherten ein interessantes und insbesondere auf die Früherkennung ausgerichtete Versorgungsangebot zur Verfügung, das die zentrale Rolle des Hausarztes stärkt“, so Müller. Auch Kinder- und Jugendärzte können an dem Vertrag teilnehmen. ([KBV-Pressemitteilung, 19. Dezember](#))

### KVB-Vorstand fordert Honorar- und Versorgungsgerechtigkeit

Mit Unverständnis hat der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) auf die Mitteilung über einen Vertragsabschluss zwischen der AOK Bayern und dem bayerischen Hausärzteverband reagiert. Dieser Vertragsabschluss werde nicht nur zu einer Ungleichbehandlung zwischen den Arztgruppen im AOK-System und im Verbund der Kassenärztlichen Vereinigungen führen, sondern auch zwischen den Patienten. Diese würden künftig je nach „System-Zugehörigkeit“ unterschiedlich behandelt. Vor Vertragsabschluss hatten die Vertreter der AOK Bayern zum Ende der Verhandlungen mit der KVB vor dem Landesschiedsamt erklärt, dass keine zusätzlichen Mittel für die ärztliche Versorgung zur Verfügung gestellt werden können. „Wenn die AOK Bayern nun offensichtlich bisher versteckte Reserven aufgetan hat, dann sollten allen niedergelassenen Fachärzten die für die Versorgung ihrer Patienten erforderlichen Gelder gleichermaßen zur Verfügung gestellt werden“, so der Vorstandsvorsitzende der KVB, Dr. Axel Munte. Es sei absehbar, dass weitere ärztliche Berufsverbände dem Vorbild des bayerischen Hausärzteverbands folgen. Er warnte vor einer Zersplitterung der Versorgungslandschaft mit vielen einzelnen Verträgen. ([Pressemitteilung der KVB, 18. Dezember](#))

### Vertragsärzte und Krankenkassen treffen Impf-Vereinbarung in letzter Minute

Die Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (KVBB) und die Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen im Land Brandenburg haben sich über die Vergütung der Impfleistungen 2009 geeinigt. Seit 2003 haben die Vertragspartner die Vergütungen nicht mehr angepasst. Deshalb hatte die KVBB fristgerecht zum Jahresende die bestehende Impf-Vereinbarung gekündigt. Hätten sich Ärzteschaft und Kassen nicht mehr im vergangenen Jahr geeinigt, so wären die Impfungen ab dem 1. Januar nur noch gegen Privatliquidation möglich gewesen. ([Pressemitteilung der KVBB, 19. Dezember](#))

### Arznei- und Heilmittelvereinbarung in Niedersachsen unter Dach und Fach

Die Kassenärztliche Vereinigung Niedersachsen (KVN) hat mit den niedersächsischen Krankenkassen die Arznei- und Heilmittelvereinbarung für das Jahr 2009 erfolgreich verhandelt und übernimmt wie in der Vergangenheit die Verantwortung für die Einhaltung der Ausgabenobergrenzen. Das Ausgabenvolumen für Arzneimittel liegt bei 2,274 Milliarden Euro, für Heilmittel bei 354 Millionen Euro. Das ist der Betrag, den alle niedergelassenen Ärzte zusammen für Verordnungen 2009 zur Verfügung haben. Dies entspricht einer Steigerung von 6,6 Prozent für Arzneien und 2,1 Prozent für Heilmittel gegenüber 2008. Sowohl für den Arzneimittelbereich als

auch für den Heilmittelbereich gilt, dass bei Einhaltung der Budgets keine Richtgrößenprüfungen für das laufende Jahr durchgeführt werden. ([Pressemitteilung der KVN, 23. Dezember](#))

### **KVBB strukturiert Verwaltungsspitze neu**

Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg (KVBB) hat beschlossen, die Führung der Verwaltung der KVBB neu zu strukturieren. Die neue Führungsstruktur ist zum 1. Januar in Kraft getreten. Dazu stellte der Vorsitzende des Vorstandes, Dr. Hans-Joachim Helming, fest: „Eine Hauptgeschäftsführung wird es in der KVBB nicht mehr geben. Die bislang pyramidal-hierarchische Organisations-Struktur wird abgelöst durch ein Management-Board. Dieses setzt sich aus den Leitern der fünf Unternehmensbereiche zusammen.“ ([Pressemitteilung der KVBB, 30. Dezember](#))

### **Startschuss für Hausarztvertrag in Westfalen-Lippe**

Eine verbesserte hausärztliche Versorgung können seit Jahresbeginn viele westfälische Versicherte in Anspruch nehmen. Einen Vertrag zur hausarztzentrierten Versorgung haben mehrere Ärzteverbände, die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe (KVWL) sowie die Krankenkassen AOK Westfalen-Lippe und Vereinigte IKK, die Betriebskrankenkassen und die landwirtschaftlichen Krankenkasse im Dezember geschlossen. Pressemeldungen, nach denen das Gesundheitsministerium in Nordrhein-Westfalen die Umsetzung dieses Vertrages gestoppt habe, sind nicht richtig. Rund 350 Hausärztinnen und -ärzte haben sich mittlerweile zur Teilnahme am Vertrag eingeschrieben. Weitere kommen jeden Tag hinzu. Die Versicherten können sich bei ihren Krankenkassen oder bei ihren Ärzten informieren, zu welchen Konditionen sie sich einschreiben und welche verbesserten Koordinationsleistungen sie dann in ihrer Hausarztpraxis erwarten können. ([Pressemitteilung der KVWL, 5. Januar](#))

### **Unternehmensberatung begleitet Restrukturierung der KV Hessen**

Die Unternehmensberatung PricewaterhouseCoopers (PwC) begleitet die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Hessen beim angestrebten Umbau in einen modernen Service-Dienstleister. Für die beiden Vorstandsvorsitzenden der KV Hessen, Dr. Margita Bert und Dr. Gerd Zimmermann, steht mit PwC nun ein Berater von Weltruf an der Seite der KV Hessen. „Wir sind überzeugt, dass wir mit erstklassiger Beratung unsere ambitionierten Ziele erreichen können“, so der Vorstand. Auf diesem Weg soll die KV Hessen bis zum Jahr 2011 zu einer der effizientesten KVen in Deutschland werden. ([Pressemitteilung der KV Hessen, 19. Dezember](#))

### **Ambulante Behandlung auf hohem Niveau – KVSH legt Qualitätsbericht 2007 vor**

Ärzte und Psychotherapeuten in Schleswig-Holstein behandeln ihre Patienten auf einem hohen Niveau. Das geht aus dem Qualitätsbericht hervor, den die Kassenärztliche Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) für das Jahr 2007 herausgebracht hat. Der Qualitätsbericht liefert einen Blick hinter die Kulissen der ambulanten Versorgung. Dabei geht es vor allem darum festzustellen, ob der Arzt fachliche, räumliche und apparative Voraussetzungen erfüllt und den Anforderungen gerecht wird, um bestimmte Leistungen zu erbringen und abzurechnen. Im Berichtsjahr 2007 wurden bei der KVSH etwa 2.500 Anträge auf entsprechende Genehmigungen gestellt, nur zwei Prozent wurden abgelehnt. ([Pressemitteilung der KVSH, 23. Dezember](#))

### **Ärztliche Hilfe in Bayern über die Weihnachtstage stark gefragt**

Die Zahl der Patienten, die den ärztlichen Bereitschaftsdienst in Bayern über die Weihnachtsfeiertage in Anspruch nahmen, war 2008 sehr hoch. Insgesamt riefen im Zeitraum vom 24. bis zum 28. Dezember 67.000 Patienten bei der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB) an. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um zehn Prozent. Auch die Ärzte in den vier Bereitschaftspraxen der KVB hatten über die Feiertage sehr viel zu tun. Bayernweit lag die Zahl der Behandlungsfälle in den „KVB-Praxen“ in den fünf Tagen bei rund 8.000. „Die Vermittlung des Bereitschaftsdienstes an fünf aufeinander folgenden Tagen gut und zuverlässig zu organisieren, stellt eine große logistische Herausforderung dar“, so Dr. Axel Munte, Vorstandsvorsitzender der KVB. Die Anruferzahlen zeigten, wie wichtig der Bereitschaftsdienst der niedergelassenen Ärzte und Psychotherapeuten für die Menschen ist. „Doch der gesundheitspolitische Crash-Kurs, den der Gesetzgeber und die bayerische AOK zurzeit zulasten der Ärzteorganisation im Freistaat fahren, gefährdet den Fortbestand dieser lebenswichtigen Notfallinrichtungen der KVB“, gibt Munte zu bedenken. ([Pressemitteilung der KVB, 30. Dezember](#))

## Aus den Verbänden

---

### **vdek ersetzt bisherige Ersatzkassenverbände**

Zum 1. Januar haben sich die acht Ersatzkassen mit mehr als 24 Millionen Versicherten im „Verband der Ersatzkassen e. V.“ (vdek) zusammengeschlossen. Der vdek ist aus dem Verband der Angestellten-Krankenkassen e. V. (VdAK) und dem Arbeiter-Ersatzkassen-Verband e. V. (AEV) hervorgegangen. Damit haben sich nun alle Ersatzkassen, darunter unter anderem die Barmer, Deutsche Angestellten-Krankenkasse, Techniker Krankenkasse und Gmünder Ersatzkasse, unter einem Dach vereint. Mit dem neuen Verband wollen die Ersatzkassen ihre „Kräfte in einem stärker werdenden Kassenwettbewerb bündeln“, so Thomas Ballast, Vorstandsvorsitzender des vdek. ([Pressemitteilung des Verbands der Ersatzkassen, 5. Januar](#))

### **AOK-Bundesverband neu aufgestellt**

Zum Jahresbeginn 2009 hat sich der AOK-Bundesverband neu aufgestellt. Die ist eine Folge des Wettbewerbsstärkungsgesetzes in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands sind seit 1. Januar Dr. Herbert Reichelt (Vorstandsvorsitzender) und Jürgen Graalman (stellvertretender Vorstandsvorsitzender). Sie leiten das operative Geschäft. Kernaufgaben des neuen AOK-Bundesverbands sind die Interessenvertretung gegenüber der Bundespolitik, dem GKV-Spitzenverband und den Vertragspartnern auf Bundesebene. ([Pressemitteilung des AOK-Bundesverbands, 1. Januar](#))

### **Psychotherapeuten setzten Ost-West-Angleichung um**

Die deutsche Psychotherapeutenvereinigung widerspricht Behauptungen, nach denen die Psychotherapeuten in überdurchschnittlicher Weise und zulasten der ärztlichen Leistungserbringer von der Honorarreform 2009 profitieren. Die für alle Psychotherapeuten zur Verteilung anstehende Gesamtvergütung steigt für das Jahr 2009 um etwa zehn Prozent im Vergleich zu 2007. Diese Steigerung entspricht damit im Durchschnitt der Erhöhung der vertragsärztlichen Vergütung. Den Psychotherapeuten ist es gelungen, die Honorarreform so umzusetzen, dass es ein bundeseinheitliches Honorar für alle psychotherapeutischen Leistungen ab 2009 gibt. Durch eine gezielte Mittelverteilung werden beispielsweise in den neuen Bundesländern deutlichere Steigerungen auf das Niveau der westlichen Bundesländer erreicht. Somit sind die Psychotherapeuten die erste Gruppe, die eine hundertprozentige Ost-West-Angleichung umsetzt. ([Pressemitteilung der DPTV, 22. Dezember](#))

## Aus der Welt

---

### **Notrufnummer 112 gilt EU-weit**

In der gesamten Europäischen Union (EU) können die Bürger jetzt Notrufdienste über die einheitliche Rufnummer 112 erreichen. „Die funktionierende Rufnummer 112 ist ein schönes Geschenk für alle Europäer“, sagte die EU-Telekommunikationskommissarin Viviane Reding und betonte: „Von nun an wird die Rufnummer 112 für Urlauber in der gesamten EU ein wichtiger Reisebegleiter sein“. Als letztes EU-Mitglied hat Bulgarien die Rufnummer 112 flächendeckend eingeführt, nachdem die Kommission im Oktober 2007 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen das Land eingeleitet hatte. Bereits 17 Länder haben mitgeteilt, dass sie Notrufe in anderen EU-Sprachen bearbeiten können. ([Pressemitteilung der Europäischen Kommission, 22. Dezember](#))

## Außerdem

---

### Beschäftigung im Gesundheitswesen steigt weiter an

Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, waren zum 31. Dezember 2007 rund 4,4 Millionen Menschen in Deutschland im Gesundheitswesen tätig. Das ist etwa jeder zehnte Beschäftigte. Im Jahr 2007 gab es im Gesundheitswesen damit rund 63.000 Arbeitsplätze mehr als im Jahr 2006. Das entspricht einem Beschäftigungswachstum von 1,5 Prozent. Gemessen an den vorhergehenden zehn Jahren war dies der stärkste Beschäftigungsanstieg im Gesundheitswesen. Bei dem Anstieg zwischen 2006 und 2007 handelt es sich fast ausschließlich um Teilzeitbeschäftigte, nämlich 61.000. Die zusätzlichen Arbeitsplätze entstanden vor allem in den Gesundheitsdienstberufen (zum Beispiel Physiotherapeuten sowie Gesundheits- und Krankenpfleger) und den sozialen Berufen, hier insbesondere in der Altenpflege. Die Mehrzahl (84 Prozent) der im Gesundheitswesen Beschäftigten arbeitete im Jahr 2007 in Einrichtungen der ambulanten sowie stationären und teilstationären Gesundheitsversorgung. ([Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes, 17. Dezember](#))

### Zu kalt für Körperschmuck: Piercings frieren an der Haut fest

Piercings in der Nase, am Auge oder am Bauch können bei der herrschenden Kälte zur Gesundheitsgefahr werden. „Das Metall friert an der Haut fest. Piercings sollte man deshalb unter Null Grad auf jeden Fall herausnehmen“, sagte eine Sprecherin der Techniker Krankenkasse (TK). Sonst drohten den zarten Hautpartien um Auge, Nase oder Bauchnabel schmerzhaftes Erfrierungen, bis hin zu einer schwärzlichen Verfärbung der Haut. Metall werde schnell kalt und sei ein besserer Temperaturleiter als Fettgewebe, erläuterte die Sprecherin. An unbedeckten Körperstellen kühlten Piercings das Gewebe ab und drosselten die Blutzirkulation. Deshalb könne der Körperschmuck an der Haut festfrieren. ([Agenturmeldung, 6. Januar](#))

### KOMPAKT-Zahl der Woche: 4,4 Millionen

Etwa 4,4 Millionen Menschen beziehungsweise jeder zehnte Beschäftigte waren Ende 2007 in Deutschland im Gesundheitswesen tätig. Dies sind 63.000 Arbeitsplätze mehr als im Vorjahr.

## Aus dem Terminkalender

---

- |            |  |
|------------|--|
| 10.01.2009 | Außerordentliche Vertreterversammlung der KV Bayerns<br>München, 9 Uhr   |
| 12.01.2009 | <a href="#">„Messbarkeit der „de facto“-Compliance kardiovaskulärer Leitlinien und ihrer Determinanten“</a><br>Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa<br>Berlin, 18 Uhr              |
| 17.01.2009 | Sonder-Vertreterversammlung der KV Rheinland-Pfalz<br>Mainz, 11 Uhr  |
| 19.01.2009 | <a href="#">„Sind Fragen zu einer ethisch angemessenen Versorgung ein sinnvoller Ansatz zu einer Systembetrachtung?“</a><br>Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa<br>Berlin, 18 Uhr |

27.01.2009	Sonder-Vertreterversammlung der KV Thüringen Erfurt
07.02.2009	Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe Münster, 10 Uhr
11.02.2009	Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg Stuttgart, 14 Uhr
26.03.2009	Vertreterversammlung der KV Hamburg, Hamburg, 20 Uhr
25.04.2009	Vertreterversammlung der KV Bayerns München, 9 Uhr

## Aus der Presse

---

### Köhler sieht Trend zu Großkassen

Der KBV-Vorstandsvorsitzende Dr. Andreas Köhler erwartet, dass die Anzahl der gesetzlichen Krankenkassen in diesem Jahr durch Zusammenschlüsse deutlich schrumpfen wird. „Die Entwicklung geht hin zu wenigen Großkassen in Deutschland“, sagte Köhler in einem Interview mit der Kölnischen Rundschau. Hintergrund ist unter anderem, dass die kassenindividuellen Zusatzbeiträge nach oben begrenzt sind und nicht beliebig erhöht werden dürfen. Dies kann bei Krankenkassen zu finanziellen Problemen führen. (Kölnische Rundschau, 27. Dezember)

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 4005 – 2203

Fax: 030 / 4005 – 27 2203

E-Mail: [wreinert@kbv.de](mailto:wreinert@kbv.de), [lbehmer@kbv.de](mailto:lbehmer@kbv.de), [fknoeppke@kbv.de](mailto:fknoeppke@kbv.de)

Hier können Sie unsere Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unsere Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/service/115.html>